

22 - 1808

*Herr
Präsident des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 25. April 2024

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Södl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eine fehlende Gesamtstrategie der Bundesregierung gegen den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend eine fehlende Gesamtstrategie der Bundesregierung gegen den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften

In den letzten Jahren gaben österreichische Unternehmen bei Befragungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) regelmäßig an, dass der Fachkräftemangel das wichtigste Hemmnis für ihre Geschäftstätigkeit darstellte. Bei einer Erhebung der Wirtschaftskammer Österreich gaben im Jahr 2022 von den befragten Betrieben 87 Prozent an, unter einem sehr starken Fachkräftemangel zu leiden. Eine Analyse der Statistik Austria aus dem Jahr 2023 zeigt deutliche Hinweise auf einen Fachkräftemangel in mehreren Berufen, beispielweise in technischen Berufen, Berufen der Baubranche und in der Krankenpflege sowie Pflegehilfe. Mit dem Ausscheiden der „Baby-Boomer“ aus dem Berufsleben wird die Verfügbarkeit von Fachkräften tendenziell weiter abnehmen.

Das Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung enthält unter dem Kapitel „Fachkräfteoffensive für Österreichs Unternehmen umsetzen“ ein Bekenntnis zur Sicherstellung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs und zur Erstellung einer Gesamtstrategie der Bundesregierung. Eine solche Gesamtstrategie wurde bis dato jedoch nicht umgesetzt. Im erst vor kurzem veröffentlichten Rechnungshofbericht betreffend Bestandsaufnahme Fachkräftemangel vermisst der Rechnungshof eine Gesamtstrategie der Bundesregierung. Auf Basis der Feststellungen hob der Rechnungshof mehrere Empfehlungen hervor.

Einerseits soll die Bundesregierung eine solidere Datenbasis zur Beurteilung des Fachkräftemangels und der regionalen Verteilung der Mangelberufe schaffen und eine Gesamtstrategie zur Abminderung des Fachkräftemangels erstellen. Andererseits soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Integration von nicht erwerbstätigen Migrant:innen in den Arbeitsmarkt gelegt werden. Das Arbeitskräftepotenzial von in Österreich lebenden Drittstaatsangehörigen wird nicht ausgeschöpft. Die Beschäftigungsquote von Staatsangehörigen aus Afghanistan, dem Irak und Syrien liegt unter 45 Prozent. Ganz anders sieht es bei Staatsangehörigen aus Ungarn aus. Hier liegt die Beschäftigungsquote bei 80 Prozent. Weiters wurden von der Bundesregierung keine entsprechenden Maßnahmen gesetzt, um ukrainische Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Derzeit sind mehr als 20.000 erwerbsfähige ukrainische Flüchtlinge in Österreich arbeitslos. In Dänemark haben bis Ende September 2023 77 Prozent der ukrainischen Kriegsflüchtlinge eine bezahlte Beschäftigung gefunden, während dies in Österreich nur 27 Prozent erreicht haben. Das zeigt, dass es der ÖVP-Grünen Bundesregierung nicht gelungen ist, jene Migrant:innen erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ein weiterer Knackpunkt ist laut Rechnungshof die Kinderbetreuung. Ohne Angebot und fehlende Qualität der Kinderbetreuung ist die Erhöhung der Beteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt beschwerlich. In der qualifizierten Zuwanderung sieht der Rechnungshof eine weitere Chance zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Im Gegensatz zur Bundesregierung blieb die Burgenländische Landesregierung nicht tatenlos im Kampf gegen den Fachkräftemangel. 2021 wurde gemeinsam mit der burgenländischen Wirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung und dem Arbeitsmarktservice eine Fachkräfteoffensive ins Leben gerufen. Deren Ziel war es, einerseits Arbeitssuchende wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern und Umsteigern die Chance zu geben, etwas Neues auszuprobieren sowie andererseits dadurch Fachkräfte rasch und zielgerecht für die burgenländische Wirtschaft und Industrie auszubilden. Insgesamt investierte das Land Burgenland 2,3 Millionen Euro in die Fachkräfteoffensive.

Das Land Burgenland erkannte frühzeitig den bevorstehenden Fachkräftemangel in der Krankenpflege und der Pflegehilfe und setzte dementsprechende Maßnahmen. Mit der Rekrutierung von philippinischen Pflegekräften ist das Burgenland Vorreiter bei der qualifizierten Zuwanderung im Pflegebereich. 45 philippinische Pflegekräfte werden nach Abschluss eines siebenmonatigen Deutschkurses in den burgenländischen Pflegeeinrichtungen eingestellt. Der Abschluss des Deutschkurses ist eine Voraussetzung für die pflegerischen Tätigkeiten, um die Qualität in der Pflege und Betreuung garantieren zu können. Derzeit eruiert die Landesregierung mit der Diözese Eisenstadt eine Kooperation mit einer Partnerdiözese aus Indien zur Ausbildung und Anwerbung von Pflegefachkräften. Neben der qualifizierten Zuwanderung stellt auch die burgenländische Ausbildungsoffensive im Bereich der Pflege ein wichtiges Fundament für die Sicherstellung von ausreichend Pflegekräften und damit Versorgungssicherheit dar. Hier wurde im Jahr 2022 mit der Anstellungsmöglichkeit schon während der Ausbildungszeit ein neuer Weg eingeschlagen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- eine Gesamtstrategie gegen den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowie
- entsprechende Maßnahmen zur Integration von nicht erwerbstätigen Migrant:innen in den Arbeitsmarkt ausarbeiten und umsetzen.